

Haushaltsrede der CDU/Junge Liste Fraktion im Kreistag

Sehr geehrter Herr Landrat,
sehr geehrter Herr Watteroth,
meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen,
werte Vertreter der Presse,

EINLEITUNG

in Krisenzeiten eine Haushaltsrede zu halten ist ein schwieriges Unterfangen. Wir haben uns zudem über die Fraktionen hinweg geeinigt möglichst Zeitlimit einzuhalten. Beides macht es bei der Vielfalt der Aufgaben des Landkreises nicht ganz einfach auf unsere politischen Ziele angemessen und gleichermaßen wertschätzend auf alle Themenbereiche einzugehen.

Es ist nicht die erste Haushaltsrede unter dem Einfluss einer Krise und es wird auch nicht die letzte sein. Wenngleich wir aktuell eine Krise mit historischem Ausmaß erleben. Neu ist nach unserem Dafürhalten allerdings, dass ein Ende absehbar ist. Der uns zur Verfügung stehende Impfstoff gibt berechtigte Hoffnung für diesen Optimismus, auch wenn wir alle in den nächsten Monaten noch viel Geduld aufbringen müssen. Krisen sind aus unserer Sicht dafür da, sie zu meistern, aus ihnen zu lernen und vor allen Dingen das Ziel zu verfolgen gestärkt daraus hervorzugehen. Mir hilft dabei immer wieder der Satz von Edmund

Burke, ein Literat, Politiker und Philosoph. Zitat: „Keine Leidenschaft beraubt den Verstand so all seiner Macht, zu handeln und zu denken, wie die Furcht.“ Deshalb sollten wir besonnen, mit Mut und voller Entschlossenheit der Krise entgegenwirken, weiterhin Entscheidungen treffen und die Zukunft aktiv gestalten. Diese Grundsätze haben uns auch in der Vergangenheit geholfen, weshalb wir nach Einschätzung der CDU/Junge Liste Fraktion sehr gestärkt in diese Krise hineingingen. Steuereinnahmen kannten in den letzten Jahren glücklicher Weise nur eine Richtung die der Steuermehreinnahmen. Deshalb war es oft ein Leichtes neue Standards zu fordern! Schwieriger war es darauf hinzuweisen, dass verantwortliche Kommunalpolitik vor allen Dingen auch einen verantwortlichen Umgang mit den uns anvertrauten Steuergeldern bedeutet, um nicht nur kurzfristig und heute, sondern auch in Zukunft leistungsfähig zu sein. Das bedeutet für uns generationengerechte Politik! Bei unserer Aufgabenvielfalt und mit der Akzeptanz von begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen dürfen wir im Kreistag keine andere Politik betreiben. Unser Augenmerk muss sich auch in Zukunft gleichermaßen auf all unsere Politikfelder richten. Wir sind froh, in den letzten Jahren mit dieser verantwortungsvollen Politik eine sehr solide und krisenfeste Grundlage gelegt zu haben.

HAUSHALTSZAHLEN 2021

Der Landkreis geht in das Jahr 2021 mit einer Rekordliquidität von rund 61 Mio. Euro. Trotz hoher Investitionen konnte der Schuldenstand in den letzten Jahren auf 78 Mio. Euro zurückgeführt werden.

Wir haben mit unserer 10 – Jahreskennzahlenplanung eine ganz klare Strategie, in der die Sanierungsprogramme für unsere Schulgebäude oder im Straßenbau und die Auswirkungen der großen Investitionsvorhaben bereits eingepreist sind. In der Vergangenheit haben wir immer wieder darauf hingewiesen, dass es auch schlechtere Zeiten geben könnte. Selbstverständlich haben wir diese nicht herbeigeseht. Nun sind sie eingetreten und wir müssen damit umgehen. Um ehrlich zu bleiben, ereilt uns die Krise aber auch in einem wirtschaftlichen Ausmaß, welches wir nicht alleine bewältigen könnten. Deshalb gilt unser Dank an Bund und Land, die uns schnell und sehr großzügig in den letzten Monaten unterstützt haben. Hilfe muss aber auch bei den Menschen und Unternehmen ankommen, die diese nach wie vor dringend benötigen. Wir hoffen, dass eine Erkenntnis aus diese Krise beim Bund und Land nachhaltig wirken wird, nämlich, dass Krisen ohne die kommunale Ebene nicht zu meistern sind.

Unser Dank richtet sich heute auch an die Städte und Gemeinden, die mit ihrer Leistungskraft für die gute finanzielle Situation des Landkreises wesentlich verantwortlich sind. Sehr geehrter Herr Landrat, bei der ersten Lesung zum Haushalt haben wir deshalb darauf hingewiesen,

dass nach unserer Einschätzung eine Reduzierung der Kreisumlage möglich ist. Wir freuen uns, dass dies auch die anderen Fraktionen so gesehen haben. Wir wollten uns zu diesem Zeitpunkt aber noch nicht auf einen konkreten Satz festlegen, weil wir mit dem Anspruch an unsere politische Arbeit zunächst die Zahlen analysieren wollten, um so die richtige Antwort geben zu können. Vor diesem Hintergrund sind wir sehr dankbar über ihren daraufhin gemachten Vorschlag, die Kreisumlage um 1,5 Prozentpunkte zu senken.

- Die Veränderung durch die vorgeschlagene Absenkung ist maßvoll. Der Landkreis schöpft nunmehr den starken Zuwachs von 4,75 % bei der Steuerkraft der Kommunen nicht ab.
- Dank der ebenfalls vorgelegten Deckungsvorschläge, ist auch weiterhin keine Nettoneuverschuldung vorgesehen, allerdings ein weiteres Abschmelzen der Liquidität, was jedoch durch das absehbar bessere Ergebnis 2020 und die höheren Schlüsselzuweisungen ermöglicht wird.
- Der globale Minderaufwand von 5 Mio. ist hinterlegt durch konkrete Vorschläge zur Einbremsung der Personalkostensteigerung wie auch der Steigerung beim Sachaufwand.

Wir tragen die Absenkung der Kreisumlage in dieser Höhe mit, wollen aber an dieser Stelle betonen, dass damit noch keine harte Rotstift-Runde ausgelöst wird, wie sie bei einigen kreisangehörigen Kommunen

anstehen dürfte. Im Hinblick auf die in der Finanzplanung angenommenen Umlagesätze, bitten wir bereits heute darum, sich über Einsparpotentiale Gedanken zu machen. Ein Ändern der Finanzplanung halten wir derzeit nicht für erforderlich, da wir in Zeiten der Pandemie sowieso „auf Sicht fahren“ müssen und bei der Aufstellung des HH-Plans für 2022 sicher mehr wissen als heute. Dann kennen wir auch die Veränderung der Steuerkraft unserer Kommunen im Basisjahr 2020, die wir aufgrund der Kompensationszahlungen des Landes für die pandemiebedingt ausgefallene Gewerbesteuer, aber auch aufgrund der Absenkung der Gewerbesteuerumlage in 2020 nicht ganz so pessimistisch einschätzen, wie man es aus den Prognosen der Verwaltung herausrechnen kann. Mit dem neuen Plan können wir dann situativ reagieren. Der vorgelegte 10 Jahresplan zeigt Tendenzen auf, die nach aktueller Einschätzung auf die dauerhafte Leistungsfähigkeit des Kreishaushalts schließen lassen. Mit Horrorszenarien zu arbeiten macht in der momentanen Situation keinen Sinn.

Insgesamt eine gute Situation, um die uns viele Gemeinden beneiden. Und in diesem Zusammenhang möchten wir immer wieder darauf aufmerksam machen, dass die Aufgabenerfüllung im Landkreis sich ein Stück weit an der Leistungsfähigkeit seiner Städte und Gemeinden orientieren muss. Vor diesen Hintergrund halten wir es auch für ein Gebot der Stunde, den Städten und Gemeinden im Jahr 2021 unter die

Arme zu greifen.

Wer eine Senkung der Kreisumlage nicht mitträgt oder die Höhe nicht anerkennt, der hat nach unserer Meinung die Gemeinschaft von Kreis und Kommunen sowie deren Finanzströme nicht verstanden.

Wir halten es für völlig richtig, weiterhin an den geplanten Investitionen festzuhalten! Wenn wir uns, wie eingangs erwähnt, der Krise wirksam entgegenstellen wollen, dann müssen wir dies mit aller Kraft auch wirtschaftlich tun. Wir wollen und müssen weiterhin in Bildung, in den öffentlichen Personennahverkehr, Gesundheitsversorgung, Klimaschutz oder Digitalisierung investieren und wir müssen in der Lage sein, im Sozialbereich Menschen zu helfen, die gerade auch in diesen Zeiten die Solidarität der Gesellschaft benötigen.

Vor diesem Hintergrund sind unsere Investitionen weiterhin mit größter Sorgfalt und Haushaltsdisziplin zu planen und umzusetzen. Wir müssen deshalb bei jedem Einzelvorhaben immer auch um Verständnis der jeweils Betroffenen werben, weil sicherlich vieles wünschenswert ist, aber mit Blick auf die gesamte Aufgabenerfüllung nicht alles realisierbar sein wird.

HOCHAUS

Das größte Investitionsvolumen betrifft dabei das neue Verwaltungsgebäude des Landkreises. Wir freuen uns, dass nun

gemeinsam mit der Stadt Karlsruhe mit Blick auf die städtebauliche und architektonische Konzeption nun die Weichen in die richtige Richtung gestellt wurden. Dazu beim entsprechenden Tagesordnungspunkt später mehr. Um es aber auch bei den Haushaltsberatungen nochmals deutlich klarzustellen: beim Landratsamtsgebäude gibt es in dieser Planungsphase keine Kostenexplosion, so wie es in der Presse im letzten Jahr teilweise dargestellt wurde. Wir haben auf Basis eines Gesamtvolumens für das Landratsamtsgebäude in Höhe von rund 150 Mio. Euro inklusive der Investitionen für Drittnutzer eine jährliche Haushaltsbelastung von ca. 3 Mio. Euro eingeplant. Das sind die Kennzahlen, auf die wir sehr genau auch im jetzt anstehenden VGV - Verfahren achten werden. Mit Blick auf die Stadt und die Öffentlichkeit möchten wir deutlich machen, dass wir uns dem städtebaulichen und architektonischen Anspruch an das Gebäude bewusst sind. Wir werden als Kreisräte aber auch auf einen wirtschaftlichen Einsatz von Steuergeldern achten, weshalb wir nur ein Gebäude im Rahmen unseres Budgets und unserer finanziellen Leistungsfähigkeit errichten werden.

BBZ Ettlingen

Ein besonderes Augenmerk möchte die CDU / Junge Liste Fraktion in den nächsten Wochen nochmals auf die Planungen des BBZ in Ettlingen legen. Der vom Kreistag im letzten Jahr verabschiedete Kostenrahmen

scheint schon in der Leistungsphase 2 nicht gehalten werden zu können. Wir fühlen uns verpflichtet, deshalb nochmals intensiv die Planungen zu prüfen und gegebenenfalls den Grundsatzbeschluss anzupassen.

ÖPNV

Sehr geehrte Damen und Herren,

der Anteil des ÖPNV am Kreishaushalt macht mittlerweile 53 Mio. Euro der Ausgaben und damit ca. 10 % der Gesamtaufwendungen aus. Man könnte bei den Diskussionen in den letzten Jahren meinen, der ÖPNV werde im Landkreis gerade von dem ein oder anderen neu erfunden. Wir möchten gerne in Erinnerung rufen, dass ein attraktiver ÖPNV seit 1993 als originäre Aufgabe des Kreises definiert wurde, der wir uns mit ganzer Kraft und wie wir meinen mit sehr vorzeigbaren Ergebnissen stellen. Der durch die Stadtbahnen und das Karlsruher Modell geprägte Schienenverkehr und die Busverkehre werden stets weiterentwickelt und den Bedürfnissen angepasst. Neue Modelle wie On -Demand -Verkehre oder alternative Antriebstechniken, die auf erneuerbare Energien zurückgreifen, sind im Landkreis Karlsruhe bereits im Einsatz und werden ausgebaut. Die Reaktivierung stillgelegter Eisenbahnstrecken oder der Ausbau von Strecken gehören dabei ebenso zur Zukunftsplanung des Kreises wie neue zeitgemäße Tarifmodelle mit der Homezone und die Vernetzung der verschiedenen Verkehrsträger. Nicht verkennen wollen wir, dass durch die 50 %ige Direktbeteiligung der

Gemeinden, was zwischenzeitlich in 2021 15.913 Mio. Euro jährlich ausmacht, die eigentliche Kreisumlage um 3 Punkte höher zu veranschlagen wäre. Das sollte man nicht außer Acht lassen, wenn wir davon reden, dass dem Kreis der ÖPNV lieb und teuer ist. Die Gemeinden müssen hier künftig noch stärker einbezogen werden, will der Kreis keine einsamen Entscheidungen treffen. Dennoch: Der ÖPNV ist das Rückgrat der künftigen Mobilität, auch wenn momentan durch die Pandemie und den Lockdown sicher der ÖPNV schwer darniederliegt.

Auch wir sind überzeugt, dass die Klimawende nur gelingen kann, wenn jeder dazu beiträgt! Dazu gehört auch die Möglichkeit, sich eines klimafreundlichen Verkehrsmittels zu bedienen, wie wir sie hier in unserem ÖPNV in den mit CO²-neutral erzeugtem Strom für die Stadtbahnen vorfinden, vielleicht gelingt das in zunehmendem Maße auch für die Busse. Fördermöglichkeiten in der Hinsicht auch bezüglich des Einsatzes von grünem Wasserstoff in der Brennstoffzellentechnologie sollten wir stets im Auge haben.

Wir sind auch offen für tarifliche Anpassungen, die diskutiert werden und einen Anreiz zur Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel schaffen sollen.

Allerdings müssen wir darauf verweisen, dass es sich hier um eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe handelt.

Wenn das 365 € Ticket propagiert wird und sei es nur für Teile der Kundschaft des ÖPNV, dann muss derjenige, der dies fordert, egal ob

Bund oder Land, auch bereit sein, dem Kreis und den Gemeinden die damit verbundenen enormen Einnahmeverluste zu ersetzen (Konnexität). Wir sprechen uns somit für eine Fortsetzung des bisherigen umsichtigen Kurses und für eine bezahlbare Verbilligung des ÖPNV für die Kunden aus. Wir appellieren an den KVV, sich weiter um Förderungen seitens des Verkehrsministeriums oder anderer zu bemühen, zum Beispiel auch durch verbundübergreifende Lösungen. Nach wie vor halten wir die Einführung einer Homezone für einen wichtigen Meilenstein in unserem Tarifsystem. Die Homezone darf dabei nicht nur ein weiterer Tarif-Baustein ergänzend zum Wabensystem sein, wir müssen ihr auch einen attraktiven Preis hinterlegen, ohne dass insgesamt die Attraktivität der Preisgestaltung im ÖPNV leidet. Wir gehen deshalb von einer entsprechenden Förderung durch das Land Baden-Württemberg aus, was wiederum Grundvoraussetzung ist, um einen attraktiven Preis hinterlegen zu können. Wir halten die Homezone immer noch für das attraktivere und innovativere Tarifsystem im Vergleich zum 365 € Ticket. Wir wissen aber auch, dass der endgültige Nachweis in diesem Jahr zu erbringen ist. All das nützt der Attraktivitätssteigerung des ÖPNV, aber Grundvoraussetzung ist und bleibt die Verlässlichkeit!

SOZIALES

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit 251,5 Mio. Euro beansprucht der Teilhaushalt 3, Jugend und Soziales, einmal mehr den größten Anteil am Ressourcenverbrauch im Gesamthaushalt. Einmal mehr ein erheblicher Anstieg der Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr, einmal mehr Verpflichtung für uns Kreisräte, dafür Sorge zu tragen, dass die Ausgaben in diesem Teilhaushalt nicht weiter aus dem Ruder laufen. Einen hohen Kostenanteil im Sozialetat beanspruchen die Personalkosten: Zwar können aufgrund der geringeren Zuwanderungszahlen im Asylbereich 15 Stellen gegenüber dem Vorjahr abgebaut werden, im Jugendamt und im Gesundheitsamt wurden aber aus nachvollziehbaren Gründen zusätzliche Stellen geschaffen. Das Gesundheitsamt wächst aufgrund der Corona-Pandemie um 48 Stellen, deren Kosten vom Bund erstattet werden sollen, das Jugendamt steigt auf mehr als 203 Stellen an. In beiden Bereichen erleben wir trotz aller gegenläufiger Anstrengungen ständig steigende Fallzahlen.

Während wir als Kreistag das Infektionsgeschehen der Pandemie nur geringfügig beeinflussen können, müssen wir im Bereich Jugend immer wieder von Neuem versuchen, durch Präventionsmaßnahmen einen Anstieg der Fallzahlen zu begrenzen. Es war richtig, unserer Anregung zu folgen und eine Präventionsstrategie zu erarbeiten. Wir hoffen und

wünschen, dass die Weiterführung der sogenannten „Frühen Hilfen“ für 0 – 3-jährige Kinder mit präventiven Maßnahmen für Kinder von 4-7 Jahren eine erfolgreiche Fortsetzung findet. Wohl wissend, dass es zu allererst Aufgabe des Elternhauses ist, für eine behütete und unbeschwerte Kindheit und Erziehung zu sorgen, müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass nicht alle Elternhäuser - aus welchen Gründen auch immer - dazu in der Lage sind. Unsere Aufgabe ist es, Chancengleichheit auch für Benachteiligte zu ermöglichen bevor das Jugendamt tätig werden muss.

Bezüglich der zum Haushalt von Vereinen und Verbänden gestellten Anträgen folgen wir den Verwaltungsvorschlägen und stimmen den Anträgen mit einer Ausnahme zu. Auch wenn dadurch die Freiwilligkeitsleistungen im Bereich Soziales um 106 Tausend Euro steigen, sind wir sicher, dass es gut angelegtes Geld im Sinne von Prävention und Erledigung originärer Kreisaufgaben ist. Der Jugendbereich kommt ohne Erhöhung von Freiwilligkeitsleistungen aus. Die alljährliche Auflistung aller Freiwilligkeitsleistungen im Teilhaushalt 3 halten wir für unerlässlich, um ständig erkennen zu können, ob Doppelstrukturen aufgebaut werden und dadurch ein nicht benötigter Ressourcenverbrauch generiert wird.

Unser aller Ziel muss es sein, notwendige **soziale Leistungen**
verlässlich und langfristig bezahlbar zu erhalten!

ABFALLWIRTSCHAFT

Sehr geehrte Damen und Herren,

das neue Jahr hat für unserer Kreiseinwohner eine spürbare Neuerung gebracht.

Beim AWB des Landkreises haben wir zum Jahresbeginn 2021 die zusätzliche Bioabfallsammlung eingeführt. Die Kreiseinwohner haben die Auswahl zwischen einer Biotonne, die für eine pauschale Gebühr von monatlich 6,20 Euro abgeholt wird oder die kostenfrei zu den dezentralen Grünabfallsammelplätzen in den Kreisgemeinden gebracht werden können. Auch die Eigenkompostierung blieb als Alternative erhalten. Die betriebswirtschaftlichen Ergebnisse der letzten Jahre sind so stabil, die Prognosen für die Biotonne sind positiv, so dass eine Evaluierung der Bioabfallsammlung im Jahr 2022 möglich oder sogar erst 2023 notwendig wird. In 2021 kann die Bioabfallsammlung qualitativ wie geplant umgesetzt werden und bei den Kreiseinwohnern Akzeptanz finden.

Unser Landkreis ist ein bedeutender Teil der prosperierenden Technologieregion Karlsruhe. Bauen heutzutage ist teuer. Zu den Kostentreibern auch für private Bauherren gehört die Ablagerung von

unbelastetem Bodenaushub, der z.B. im Kraichgau topografisch bedingt nicht immer vermeidbar ist. Schon im Juli 2018 haben wir deshalb im Kreistag beschlossen, die Vermeidung und Verwertung von Bodenaushub zu fördern und die Schaffung neuer Deponiekapazitäten zu prüfen. Die CDU/Junge Liste befürwortet die konzeptionelle Überlegung die Kapazität der Kreiserddeponie in Karlsbad durch eine Erhöhung zu erweitern. Hier erwarten wir in Bälde einen entsprechenden Vorschlag. Dies reicht jedoch nicht aus bzw. dient fast nur dem südlichen Landkreisgebiet. Für den Bodenaushub im Landkreis ist ein dezentrales Angebot notwendig! Beispielhaft nennen wir die dezentralen Grünabfallsammelplätze im Landkreis mit hoher Akzeptanz bei den Kreiseinwohnern. Es gibt bei uns noch weitere Erddeponien in der Trägerschaft von Kreisgemeinden. Wir möchten Sie Herr Landrat auffordern und bitten Ihre Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit den Gemeinden, die Erweiterung vorhandener Deponiekapazitäten für den Erdaushub aktiv zu begleiten und die Gemeinden dabei zu unterstützen.

KREISKLINIKEN

Werte Zuhörer,

bei den Haushaltsberatungen diskutieren wir zwangsläufig über

wirtschaftliche Ergebnisse, was natürlich auch bei unseren Kreiskliniken nicht unwichtig ist. Um eine gute Gesundheitsversorgung zu gewährleisten, brauchen wir eben auch ein gutes wirtschaftliches Fundament. Wichtigstes Augenmerk ist und bleibt natürlich die gute gesundheitliche Versorgung der Menschen im Landkreis, weshalb wir eben auch immer über gute wirtschaftliche Ergebnisse bei den Kliniken beratenden und diskutieren. Mehr denn je zeigte sich, dass sich unserer Anstrengungen in den letzten Jahren zum Erhalt der Kreiskliniken, zur Neuausrichtung und die Investitionen gelohnt haben, denn die Corona – Pandemie zeigt uns schonungslos, wie wichtig eine flächendeckende gute Versorgung durch Krankenhäuser ist. Wir hoffen deshalb, dass auch das eine Lehre aus der Krise für die Bundes- und Landespolitik sein wird, nämlich eine flächendeckende Versorgung mit Krankenhäusern sicherzustellen und entsprechende finanzielle Mittel auch in Zukunft bereitzustellen.

Die Kliniken haben im vergangenen Jahr, ohne pathetisch werden zu wollen, ihre coronabedingte Feuertaufe mit Bravour bestanden. Was Pflegedienst und ärztliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Einsatz der eigenen Gesundheit geschultert haben, verdient unsere große Anerkennung und Respekt. Nicht nur aus diesem Grund, sondern auch wegen des beeindruckenden Engagements der Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter während des Umbaus der Kliniken in organisatorischer und baulicher Hinsicht in den vergangenen 10 Jahren - bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Erholung der Kliniken (schwarze Zahlen, Überschüsse) - haben wir deshalb die Gewährung einer einmaligen Prämie an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der KLLK, in Summe rund 1 Mio. Euro, mit initiiert und freuen uns deshalb für sie, dies heute zu beschließen. Der Wirtschaftsplan des vergangenen Jahres ist durch die Aussetzung planbarer OP's und trotz Rettungsschirm des Bundes ins Minus gerutscht. Für 2021 unterstellt die Unternehmensplanung einen „coronafreien“ Betriebsverlauf und lehnt sich an die Zahlen des Jahres 2019 an. Als Ergebnis soll ein Überschuss aus dem laufenden Betrieb mit 1,3 Mio. Euro erwirtschaftet werden, der sich unter Einbezug von Finanz-, Investition- und Neutralem Ergebnis auf -548.000 € reduziert. Diese Annahmen bewerten wir grds. als solide und seriös, wenngleich sie angepasst werden müssten, sollten die coronabedingten Einschränkungen des Klinikbetriebs fort dauern.

Sehr geehrte Damen und Herren,
bereits in der Diskussion um den Klimawandel wurde gesellschaftlich auch immer wieder ein möglicher Generationenkonflikt angesprochen, der scheinbar auch bei der Corona-Pandemie eine Rolle spielt. Bei den Fragen, wie sich dieser Virus auf die Gesundheit junger oder älterer

Menschen auswirkt, wie sich junge und ältere Menschen verhalten müssen und Sie sich gegenseitig solidarisch unterstützen können. Es ist und bleibt eine der wichtigsten politischen Aufgaben, die Menschen aller Generationen zusammenzuführen. Konflikte sind dabei selbstverständlich, denn die Menschen befinden sich jeweils in ganz unterschiedlichen Lebensphasen und haben ganz unterschiedliche Ansprüche an ihre Lebenswirklichkeit. Schon Manfred Rommel hat gesagt: „Der Mensch, vor allem der junge Mensch, braucht Hoffnung auf Fortschritt. Älteren Menschen genügt es, wenn Sie hoffen können, dass es nicht schlechter wird.“ Deshalb sind wir sehr stolz, dass wir uns seit der letzten Kommunalwahl den Namen CDU / Junge Liste –Fraktion geben können. Unser Ziel ist es die Ideale von älteren und jungen Menschen in unserer politischen Arbeit zu vereinen. Junge Menschen haben schon seit Generationen anderer Lebensvorstellungen als ihre Eltern, das ist nichts Neues, sondern der Motor unseres Fortschritts. Es darf deshalb kein Generationenkonflikt herbeigeredet werden, sondern wir müssen die Chancen in der Veränderung sehen, die stärkende Erfahrung der älteren und den kühnen, unvoreingenommenen Blick der Jungen nutzen, in Wertschätzung der Position des anderen. So werden wir nicht nur diese Krise meistern, sondern die Zukunftsfähigkeit unseres Landkreises sichern.

Wir stimmen den Tagesordnungspunkten 3 - 11 in vollem Umfang zu.

Abschließend möchten wir uns nochmals bei Ihnen, sehr geehrter Herr

Landrat Dr. Schnaudigel aus verschiedenen Gründen bedanken:

- für das richtige Gespür für die Kommunen, mit Ihrem Vorschlag, die Kreisumlage zu senken,
- das hervorragende Krisenmanagement im letzten Jahr
- die sachorientierte und parteiübergreifende Führung in diesem Gremium, die immer wieder konstruktive Kritik ermöglicht, um so das Beste für den Landkreis und seine Menschen zu erreichen.

Der Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landkreises.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit